

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.



## Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 3 mm hohe (Zeit.)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechend Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Latenvorricht und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 23.

Dienstag, den 22. Februar 1927.

20. Jahrgang.

Nur im Leiden empfinden wir mit Recht vollkommen alle die großen Eigenschaften, die nötig sind, um es zu ertragen.

## Reich, Länder und Gemeinden.

Eine der schwierigsten Aufgaben der deutschen Finanzwirtschaft ist die Schaffung eines endgültigen Finanzausgleichs, der die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden auf Jahrzehnte hinaus regelt. Die Verhandlungen darüber sind schon fast Jahren im Gange. Eine allen Seiten gerecht werdende Regelung ist jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden und erfordert umfangreiche Vorarbeiten. Andererseits ist aber auch eine baldige Verabschiedung der Ausgleichsvorlage, die bereits im Herbst 1926 fertig sein sollte, dringend notwendig. Wie jetzt Reichsfinanzminister Dr. Köhler im Reichstage mitteilte, ist nun sogar eine Sinauschiebung des endgültigen Finanzausgleichs über den 1. April 1928 hinaus sehr wahrscheinlich!

Der Finanzausgleich soll die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, den Ländern und öffentlichen Körperschaften — Gemeinden, Kreise, Provinzen, Gemeindeverbände und Kirchen — ausgleichen. Alle diese Einrichtungen und Körperschaften haben Aufgaben zu erfüllen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen und von der Allgemeinheit finanziert werden müssen. Das Nebeneinander verschiedener solcher Organe macht eine Verteilung der Ausgaben und eine Verteilung der Einnahmen oder der Einnahmequellen notwendig. Beides soll der Finanzausgleich besorgen.

Das von Bismarck gegründete Kaiserreich hat einen endgültigen Finanzausgleich nicht gekannt. Die alte Reichsverfassung hatte die Einnahmen- und Veranschlagungen der Bundesstaaten überlassen, dem Reich nur einige Verbrauchsteuern zugewiesen und bestimmt, daß die Reichsausgaben, die diese geringen Einnahmen überstiegen, durch sogenannte „Matrikularbeiträge“ der Bundesstaaten gedeckt werden sollten. Das aber war nur als vorläufige Regelung gedacht. Für später war die Erhebung von Reichsteuern geplant, deren Einführung jedoch auf Schwierigkeiten stieß. Bismarck prägte damals das Wort, das Reich sei nur ein Kostgänger der Bundesstaaten und beruhte nun, das Reich durch hohe Schutzsteuern finanziell selbständig zu machen.

Bismarcks Plan gelang. Er wurde dadurch begünstigt, daß das Reich bis zum Kriege nur für die Landesverteidigung und für die Auslandsvertretung zu sorgen hatte, während die gesamte innere Verwaltung in der Hand der Bundesstaaten oblag. Diese Verhältnisse erwiesen sich durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges als eine gründliche Fiktion. Der Versaillesvertrag übertrug dem Reich die wichtigsten Verpfichtungen an das Ausland auf, dazu kamen eine viele Milliarden Mark betragende Kriegsschuld, Pensionszahlungen an Kriegsinvalide und Kriegsbeschädigte u. a. m. Jetzt konnte das Reich nicht mehr ohne direkte Steuern auskommen! Weiterhin konnten alle diese Lasten nur aufgebracht werden, wenn eine gleichmäßige Heranziehung aller Bürger im ganzen Reichsgebiet gewährleistet war.

Aus diesen Bedankengängen heraus entstand die 1919/20 von Erzberger vorgenommene Finanzreform. Sie schuf eine eigene Reichsfinanzverwaltung, brachte den Übergang der Einnahmen- und Veranschlagungen auf das Reich und beteiligte Länder und Gemeinden an dem Ertrag gewisser Fortschritte machende Verfall der deutschen Währung ließ die Früchte dieser Steuerregelung faulen, noch ehe sie reif geworden waren. Haupteinnahmequelle des Reiches in den Inflationsjahren wurde die Notenpresse, die ungerechteste und brutalste Steuer, die überhaupt zu denken ist. Länder und Gemeinden konnten natürlich mit ihren Steueranteilen ebenfalls nichts anfangen und mußten nun durch Reichszuschüsse, die von der Notenpresse gespeist wurden, unterstützt werden. Eine bedeutende Maßnahme, da Länder und Gemeinden so beinahe jeder Verantwortung für ihre Finanzgebarung entbunden wurden. Nach der Stabilisierung wurde dann schrittweise mit diesem System gebrochen und die Zuschüsse zum größten Teil wieder abgebaut. Gegenwärtig werden ungefähr drei Fünftel des Steuer-

bedarfs der Länder durch Ueberweisungen aus Reichs-Kassen gedeckt.

Was den Kampf um die endgültige Regelung des Finanzausgleichs betrifft, ist dieser, soweit der Steuervorrang des Reiches und die eigene Reichsfinanzverwaltung in Frage kommen, entschieden. Beides wird beibehalten. Der weitere Kampf geht um die Form, in der Länder und Gemeinden an dem Steuerertrag des Reiches beteiligt werden. Der Deutsche und Preussische Landtag fordern die Aufteilung der Steuerquellen oder doch ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer und betonen, daß der Haushalt der Gemeinden und Kreise nur auf diesem Wege auf eine sichere und sparsame Grundlage gestellt werden kann. Daß die Ausgaben — und damit auch die Ausgaben — dieser Körperschaften in den Nachkriegsjahren erheblich gewachsen sind, ist nicht zu bestreiten. So haben sich z. B. die Bruttoausgaben der Landkreise in den letzten Jahren gegenüber 1913 mehr als verdoppelt. Die Wohlfahrts- und Kulturaufgaben haben sich sogar verdreifacht! Eine starke Steigerung erfahren auch die Ausgaben für die Wegeunterhaltung, da die Straßen durch den wachsenden Kraftwagenverkehr immer stärker abgenutzt werden.

Wäge deshalb der neue Finanzausgleich die Form und Gestalt annehmen, die Reich, Länder und Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht, ihre Selbstverantwortung wieder herstellt und dem Steuerzahler größtmögliche Sparsamkeit gewährleistet!

## Wünsche der Auslandsdeutschen.

Erfolg der Kriegsschäden durch Ausgabe von Schuldverschreibungen.

Die Interessentvertretungen der Auslandsdeutschen, die in den Kriegsjahren durch die Wegnahme ihres Vermögens geschädigt wurden, veranstalteten am letzten Sonntag eine eindrucksvolle Kundgebung in Berlin. Außer den Verbänden und Vereinigungen der Auslandsdeutschen nahmen auch zahlreiche Parlamentarier, Vertreter des Reichsfinanzministeriums und des Reichsentwicklungsamtes an der Veranstaltung teil.

Gef. Rat v. Tilly, der bekannte Führer des Deutschen Ständes, legte einleitend den Joch der Profiteure dar. Nach dem unglücklichen Entschiede des Haager Schiedsgerichts sei es nunmehr Pflicht des Reiches, die seit 12 Jahren auf

eine wirkliche Entschädigung wartenden Verdrängten und Liquidationsgeschädigten in geordneter Weise abzulösen. Dieser sei in der Programmrede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler gerade in Bezug auf diese Frage eine bedeutsame Zurückhaltung festzustellen. Geheimrat Groß (Bund der Auslandsdeutschen) wandte sich gegen die vom Reichsfinanzministerium veröffentlichte Erklärung, die den Geschädigten den Rechtsanspruch auf Entschädigung bestreite. Rechtsanwalt Dr. Rurber (Hilfsbund für die Elend-Verdrängten im Reich) beleuchtete die moralische und rechtliche Grundlage der Entschädigungspflicht des Reiches für die Gewalt- und Verdrängungsschäden.

Nach Ausführungen des Stadtrats Gils, des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, kamen die Abgeordneten Laverenz (Dtn.), Novak (Soz.), Dr. Haas (Dem.) und Dr. Schetter (Ztr.) zu Wort, die betonten, daß sich der Reichstag mit allem Nachdruck für die Interessen der Geschädigten einsetzen werde. Zum Schluß der Veranstaltung wurde eine Entschädigung angenommen, in der unterzüglich eine

gezielte Regelung der Entschädigungsfrage gefordert wird, und zwar in einem Ausmaß, das den Entwurfsentwurf und Vertriebenen den Wiederaufbau einer gesicherten wirtschaftlichen und beruflichen Existenz ermöglicht. Das könne dadurch geschehen, daß die Entschädigungslast des Reiches durch Ausgabe von angemessenen verzinslichen und tilgbaren Schuldverschreibungen auf eine Reihe von Jahren verteilt werde.

An Reichspräsident v. Hindenburg, an den 22. Ausschuss und an den Haushaltsausschuss des Reichstages wurden Telegramme geschickt, in denen um Hilfe gebeten wird.

## Japan für Abrüstung.

Cooldiges Note beantwortet. — Einberufung der Konferenz nicht vor Juni.

Die japanische Regierung hat der von dem amerikanischen Präsidenten Coolidge angeregten Beschränkung der Seerüstungen zugestimmt und die Antwortnote bereits an Washington überreicht.

Japan begrüßt die amerikanischen Vorschläge, bittet aber, die Konferenz nicht vor dem 1. Juni einzuberufen. Sollte die Konferenz früher einberufen werden und unmittelbar nach der Tagung der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstung, die am 21. März beginnt, bereits ihren Anfang nehmen, so würde es für die japanischen Delegierten ausserordentlich unangenehm sein, an den Verhandlungen teilzunehmen.

In der Note wird ferner ausgeführt, die japanische Regierung habe mit Dank davon Kenntnis genommen, daß es gegenwärtig nicht die Absicht der amerikanischen Regierung sei, starke Vorwände in das Stärkeverhältnis in denjenigen Schiffsklassen zu machen, über die eine Regelung in dem Washingtoner Vertrag nicht getroffen ist. Um einen Erfolg der Verhandlungen zu sichern, sei es wesentlich, daß alle Teilnehmer an der Konferenz einander ganz offen gegenüberstehen und sich stets von den defensiven Erfordernissen ihres Staates leiten lassen. Japan gibt schließlich der Zuversicht und der Hoffnung Ausdruck, daß ein faires und befruchtendes Uebereinkommen erzielt wird, das zu einem allgemeinen Frieden und zu der Sicherheit der Welt beitragen werde.

Das englische Kabinett grundsätzlich einverstanden.

Wie amerikanische Zeitungen melden, hat das englische Kabinett dem Seearüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge grundsätzlich zugestimmt. Eine formelle Antwort wird im Laufe der Woche erwartet.

## Deutscher Vorsitz in der Märztagung?

Brian wünscht eine Zusammenkunft mit Stresemann.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll die Märztagung des Völkerbundesrates in Genf unter dem Vorsitz des deutschen Außenministers Dr. Stresemann stattfinden. Endgültig entschieden ist die Frage des Vorsitzes noch nicht, doch besteht große Wahrscheinlichkeit dafür, daß Dr. Stresemann in der Märztagung präsidieren wird.

Deutschland hat bereits zweimal auf den Vorsitz verzichtet, weil der Plan bestand, eine der nächsten Ratstagungen in Berlin abzuhalten. Da dieser Plan vorläufig fallen gelassen ist, liegt zu einem nochmaligen Verzicht kein Anlaß vor.

Die Zusammenkunft der einzelnen Delegationen ist noch unbestimmt. Brändes Teilnahme an der Märztagung gilt als sicher. Auch ist bekannt, daß der französische Außenminister eine Zusammenkunft mit Dr. Stresemann wünscht. Ob Chamberlain nach Genf kommt, hängt zunächst von der weiteren Entwicklung der chinesischen Wirren ab.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. Februar 1927.

— Eine Vertretertagung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe beschloß auf Antrag des Schlesischen Bauernbundes die Gründung eines Reichsbauernbundes.

— In Wien fand eine Tagung des Vereins Deutscher Eisenbahnervereinigungen statt, die sich mit der einheitlichen Regelung der Unfallversicherungsbedingungen befaßte.

— Bildung eines Reichsausschusses der deutschen Mittelschicht. Die maßgebenden Organisationen des gewerblichen, landwirtschaftlichen und geistig schaffenden Mittelstandes, sowie des Haus- und Grundbesitzes haben einen Reichsausschuß der deutschen Mittelschicht gebildet, der die gemeinsamen Belange der deutschen Mittelschicht herausarbeiten und ein notwendiges Netzwerk zum Wohle des gesamten Volkes durchzuführen soll.

## Rundschau im Auslande.

— Dem französischen Innenminister ist ein von zahlreichen Persönlichkeiten unterzeichnetes Gesuch überreicht worden, in dem um Aufhebung der Ausweisung der italienischen Besiedler ersucht wird.

— Witterungsänderung zufolge hat die Einwanderungsbehörde Subas dem aus Frankreich ausgewiesenen Italiener Miguel Garibaldi nunmehr die Einreiseerlaubnis erteilt.

## Abrüstungsberatungen in Paris.

— Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ist in Paris ein Ausschuss von Sachverständigen, an dem auch Deutschland teilnimmt, zusammengetreten, der sich mit der Beratung technischer Einzelfragen über die geplante Aufstellung eines Schemas für die Ausgaben zur Landesverteidigung als Vergleichsmittel für die militärischen Ausgaben der einzelnen Länder zu befassen hat.

Nach einer Meldung aus Washington wird dort be-  
stätigt, daß das amerikanische Schatzamt die von ihm  
Kontrollen gegen die Einfuhr von Gold aus China  
wird. 30 Millionen Dollar als erste Rate zu zahlen, ohne  
damit der Auslieferung des Schuldenscheins abzusprechen  
durch das französische Parlament vorzulegen zu wollen.

**Weg will England anerkennen.**

Die aus dem Vertrag mitgeteilte wird, zwischen dem  
Tischowitzer und dem Generalstab Verhandlungen über  
eine Anerkennung des Generalstabes als rechtmässige Ver-  
treterin des Landes. Die Grundzüge der Verhandlungen  
soll die Klärung der gegenwärtigen finanziellen Verhält-  
nisse, die bisher das größte Hindernis für eine Ver-  
handlung waren, bilden. Ferner soll der Generalstab die  
Verpflichtung übernehmen, sich nicht in die innerpolitischen Ver-  
hältnisse der Tschechoslowakei einzumischen. Die tschechischen  
Nationaldemokraten haben sich noch einmal gegen die An-  
erkennung Englands ausgesprochen.

### Erwerbslosenleihe Preußens.

100 Millionen Mark zur Verpflegung der  
produktiven Erwerbslosenfürsorge be-  
trägt.

— Berlin, 22. Februar. Das Preussische Staats-  
ministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf  
über die Verpflegung von 100 Millionen Mark  
Staatsgeldern zur Verpflegung der produktiven Erwerbslosenfürsorge über-  
reicht. Der Finanzminister soll ermächtigt werden,  
die erforderlichen Mittel nach ihrer Verwilligung im  
Wege des Kredits zu beschaffen.

### Blutgericht in Shanghai.

Massenhinrichtungen. — Auch Japan  
schickt Schiffe.

Der Generalkonsul in Shanghai nimmt immer  
größere Ausdehnung an. Die Zahl der Streifen  
hat die Hunderttausend bereits überschritten. Im  
Fremdenviertel, in dem rund 10 000 Mann auslän-  
dische Truppen die Tore besetzt halten, herrscht Ruhe.  
Neben England hat jetzt auch Japan einen Kreuzer  
und vier Torpedobootzerstörer nach Shanghai ent-  
schickt.

In der Chinesenstadt ist es bereits zu Unruhen  
gekommen. Die Sündstadt will in Shanghai einen  
Anführer herbeiführen und den sofortigen Anmarsch der  
Stadt an Kanton bewirken. Der Verteidigungs-  
minister von Shanghai, General Liao, hat darauf  
den Ausnahmezustand verhängt und für die Chinesen-  
stadt angeordnet, daß alle, die Arbeiter aufheben,  
hinzurichten seien. Drei Agitatoren wurden bereits  
enthaupet und ihre Köpfe am Postgebäude zur War-  
nung aufgehängt. Weiteren 30 Personen wurde wegen  
verschiedener Vergehen der Kopf abgeschlagen. Die  
Köpfe der Eingekerkerten werden an langen Stra-  
ßen aufgestellt, um die Bevölkerung abzuschrecken.

**Tschangschins Entlassungssehe.**

ist festgesetzt. Wu-Bei-tzu weigert sich, Tschangschin  
den Durchmarsch durch seine Provinz freizugeben, da  
er die Mache Kantons fürchtet, umso mehr, als Kanton  
jetzt zwei gegnerische Generale, die Wutschang mit eng-  
lischer Hilfe verteidigt hat, zum Tode bzw. zu fünf  
Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Tschangschin  
erläßt Wu-Bei-tzu in einem Telegramm dringend um  
eine Verrückung seiner Haltung. Darin heißt es:  
„Wenn ich jetzt nichts unternehme, so kann die Folge  
davon unter Umständen der Untergang der ganzen  
Nation sein.“

### Das Hankauer Abkommen unterzeichnet.

Nach einer amtlichen englischen Mitteilung ist das  
Abkommen über die englische Konzession von Hankau  
und Kiangang zwischen dem englischen Delegierten  
D. Malley und dem chinesischen Außenminister Tschu  
nunmehr unterzeichnet worden. Der englische Außen-  
minister Chamberlain hat am Montag im Unterhause  
die Einzelheiten des Abkommens zwischen den Kan-  
tonesen und England bekanntgegeben.

### Die Rothersteins.

48] Roman von Erich Ebenstein.  
Deutscher Pöbel-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Beide Männer moßen sich einen Augenblick mit  
Bilden, die Hertha in jedem Schreck das Blut zum  
Herzen trieb. Auch Magelone war tief erschrocken.  
Freilich, aus einem anderen Grunde als Hertha. Sie  
allein erriet, was in Rüdiger vorging und mußte  
nun mit einem Male, was ihn ihr entfremdet hatte.

Aber gottlos — diese Bildererzählung würde ja  
nun alles wieder im Keim ersticken, selbst wenn Do  
ihre Vöbele mit dem Maler verlegten und — neue  
ehrgeizige Pläne hegen sollte.

Rüdigers Heftigkeit hatte Magelone entzündet. Er  
war also doch kein flüchtiger Bedant, wie sie immer  
geführt hatte.

Während diese Gedanken durch ihren schönen Kopf  
hulften, bemühte sie sich mit sanfter Stimme zu ver-  
mitteln und die beiden gereizten Männer wieder zur  
Ruhe zu bringen.

Bei Wabemar gelang ihr dies bald. Rüdiger  
aber, der heftig den Vorhang über das Bild gezogen  
hatte, als sei ihm dessen Anblick unerträglich, war nur  
zu verbißnenem Schweigen zu bringen und drängte  
zum Aufbruch.

Auf dem Heimweg sprach er kaum ein Wort.  
Nur als Magelone ihm vor: „Mir ist ja nun vieles  
klar — besonders, warum Dorothea anfangs, als Aus-  
land noch in Sewingens Jagdschloß beschäftigt war,  
durchaus nach Montreux zurück wollte, und warum  
sie sich nun auf einmal so wohl auf Grafenegg zu  
fühlen scheint.“

Und als sie hinzufügte: „Nur eins begreife ich  
nicht — warum sie so hinterhältig ist und uns gar  
nichts von ihrer Bekanntschaft mit Ausland erzählt“,  
da war ihr Rüdiger einen finsternen Blick zu und sagte:  
„Ich möchte dich und Hertha dringend bitten,  
über die ganze Sache Stillschweigen zu beobachten.  
Dorothea soll nicht den Eindruck bekommen, als suchten  
wir uns in ihre Geheimnisse zu drängen.“

### Schlusssdienst.

295 Millionen Mark Einfuhrüberschuß im Januar.  
— Berlin, 22. Februar. Der deutsche Außen-  
handel zeigt im reinen Warenverkehr im Januar 1927  
einen Einfuhrüberschuß von 295 Millionen gegen 228  
Millionen Mark im Dezember 1926. Diese Steigerung  
um 67 Millionen Mark setzt sich zusammen aus einer  
Erhöhung der Einfuhr um 33 Millionen Mark und  
einem Rückgang der Ausfuhr von 34 Millionen Mark.

**Deutsche Großindustrielle bei Mussolini.**

— Düsseldorf, 22. Februar. Wie verlautet, hat  
sich der rheinische Großindustrielle Fritz Hühnen in Be-  
gleitung des Generaldirektors Dr. Böger und des  
Direktors der Alpen Montangesellschaft nach Rom  
begeben, um einer Einladung Mussolinis Folge zu  
leisten. Allem Anschein nach dürfte bei dieser Zu-  
kunft vor allem die Frage des Wirtschaftszusammen-  
hangs zum internationalen Staatsapparat erörtert werden.

**Vier Tote, 33 Verletzte bei einem Hauseinsturz.**

— Frankfurt (Main), 22. Februar. Bei Umbau-  
arbeiten für die am Mainzer Landstraße ein früherer  
Getreidespeicher ein. Unter den Trümmern wurden  
sofort fünf Arbeiter getötet. Vier von ihnen waren  
sofort tot. Außerdem sind sechs schwer- und 25  
leichter verletzt zu verzeichnen. Vermutlich ist das Un-  
glück darauf zurückzuführen, daß die Decke des Ge-  
treidespeichers durch große Schneemassen überlastet war.

### England warnt Rußland.

— Paris, 22. Februar. Nach einer Meldung des  
New York Herald aus London soll die englische Re-  
gierung eine Note fertiggestellt haben, die eine letzte  
Warnung an die Adresse der Sowjetregierung darstellt  
und diese davon in Kenntnis setzt, daß der englisch-  
russische Handelsvertrag aufgehoben werden würde,  
falls Rußland seine Politik in China gegenüber Eng-  
land nicht ändere. — Die von ausländischen Zeitungen  
gebrachten Meldungen, Chamberlain habe in der letzten  
Kabinettsitzung einen Beschluß mit Rußland nur durch  
eine Mißverständlichkeit verhindern können, werden als  
unrichtig bezeichnet.

### Rücktritt des spanischen Außenministers.

— Madrid, 22. Februar. Der spanische Außen-  
minister Vanguas hat seinen Rücktritt erklärt, da er  
mit der Behandlung der Langerfrage durch General  
Primo de Rivera nicht einverstanden ist. An seiner  
Stelle hat Primo de Rivera selbst die Leitung der  
Außenpolitik übernommen.

### Die neue amerikanische Truppenlandung in Nicaragua.

— Managua, 22. Februar. In Corinto am  
Stillen Ozean wurden 1800 amerikanische Marinesol-  
daten gelandet. Außerdem befinden sich 400 Mann  
in Leon und 350 in Chinandega. Auch sind die Eisen-  
bahnen, Brücken und andere wichtige Punkte von  
amerikanischen Truppen besetzt worden. Admiral La-  
tiner erklärte, es sei die Aufgabe der neuen in Nica-  
ragua gelandeten amerikanischen Truppen, die Eisen-  
bahnverbindungen nach denjenigen Punkten, an denen  
sich Amerikaner oder andere Ausländer befinden, auf-  
recht zu erhalten.

### Schlachtviehmärkte.

Chemnitz, 22. Februar. Preise für 50 Kilo Lebendge-  
wicht in Reichsmark: Rinder (518) 20—58, Kälber (353)  
50—80, Schafe (101) 56—63, Schweine (107) 60—72.  
Marktverlauf: Rinder und Schweine langsam, Kälber mittel,  
Schafe gut.

Eisen, 22. Februar. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht  
in Reichsmark: Rinder (237) 32—64, Kälber (874) 40  
bis 100, Schafe (40) 50—58, Schweine (3806) 60—68.  
Marktverlauf: Rinder (schleppend, sonst ruhig).

Frankfurt a. M., 22. Februar. Preise für 1 Pfund  
Lebendgewicht in Reichsmark: Rinder (1416) 25—63,  
Kälber (978) 48—73, Schafe (82) 45—54, Schweine (5109)  
62—66. Marktverlauf: Rinder und Kälber langsam,  
Schafe lebhaft, Schweine ruhig.

### Die preussischen Domänen.

Staatsrat im Landtag.  
— Berlin, den 21. Februar 1927.

Der Preussische Landtag lebte am Montag die allernähe-  
ste Aussprache zur zweiten Lesung des Domänen-Gesetzes  
fort.

Abg. Dr. Kaulbach (Dnt.) unterstützte den deutschnatio-  
nalen Antrag, zwei Millionen beizuführen, um bei den  
ausstehenden Bauern einen Teil des Superintendents zu  
übernehmen.

Abg. Dr. Graf (Hr.) forderte besonders für Hesse-  
Nassau, daß die Domänenverwaltung ihr Land in kleine  
Parzellen abgibt. Das Land soll in Bezug auf  
ökonomische Gesichtspunkte bei Abgabe der Domänen nicht  
weiter getrennt werden. Das Zentrum habe zum Mini-  
ster Seiger das volle Vertrauen.

Abg. Graf zu Stolberg (D. Sp.) erklärte, mit der Selbst-  
verwaltung der Domänen müsse Ball gemacht werden. Die  
Landwirtschaftsarbeiten in Preußen müßten intensiver  
durchgeführt werden.

Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß die nachgeordne-  
ten Behörden angewiesen seien, die staatlichen Unter-  
stützungen für Hochwasserbeschädigten auch für Domänenbesitzer  
zu verwenden. Die Einzelheiten müßten aber aus dem  
Gesetzgebungsausschuss auch mit Rücksicht auf die  
Landwirtschaft, die Domänenverwaltung seien nicht  
haltbar, da anerkannte landwirtschaftliche Ansätze und viele  
bisherige Privatpächter in die Domänenpacht drängten.

Abg. Müller-Kronitz (Komm.) betonte, daß über 700  
Staatsdomänen an Großpächter ausgeliefert worden seien.  
Nachdem noch verschiedene Redner Einzelwünsche vor-  
trugen, war die Aussprache beendet; die Abstimmungen sollen  
am Mittwoch stattfinden.

Es folgt die zweite Beratung des  
**Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung.**

Berichterstatter Abg. Dr. Heich-Nutrich (Dnt.)  
warnt vor einer weiteren Auslandsverschuldung. Die Ge-  
meinden hätten bereits 104 Millionen Dollars, die In-  
dustrie 1247 Millionen Dollars Auslandsverschuldung aufzu-  
weisen.

Abg. Peters-Hohdorn (Soz.) erklärte, die Landwirtschaft  
habe die Inflationszeit besser überstanden als die freien  
Gewerbebetriebe. Eine Steigerung der landwirt-  
schaftlichen Produktion auf mit Staatsmitteln ist notwendig,  
um von dem großen Lebensmittelaufwuchs überflüssig zu  
kommen. Der deutsche Landwirt müsse sich mehr Mühe be-  
mühen, denn er konkurrenzfähig sein will. Die Not der Land-  
wirtschaft sei nicht größer als die der anderen Wirtschaftszweige.  
Größere Bauern treiben heute noch einen un-  
verantwortlichen Luxus. Die Anträge auf Follerhöchungen  
würden die Sozialdemokraten ablehnen.

Abg. v. Pöhlke (Dnt.) bezeichnet die Lage der Land-  
wirtschaft als trostlos. Die Steuern dürften nur aus dem  
Einkommen, nicht aus der Substanz gezahlt werden. Redner  
fordert Aufhebung der Verordnungen über die Schenkungen;  
diese seien in einzelnen Gemeinden bis auf das achtfache  
gestiegen. Eine Verlängerung des Zollprovisoriums mit  
Frankreich über den 1. April 1927 hinaus dürfe nicht erfol-  
gen. Der Zuckerkurs müsse erhöht, die Zuckerteuer herab-  
gesetzt werden. Notwendig sei auch höhere Löhne nament-  
lich für Getreide. Höhere Kredite und Umwandlung der  
Steuerbefreiungen in langfristige billige Darlehen seien not-  
wendig. Der Staat müsse die Grundbesitzer auf der die  
Landwirtschaft als Stütze der nationalen Wirtschaft aufbauen  
sowie zur Sicherung des Ertrags der landwirtschaftlichen  
Arbeit.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr  
vertagt.

### Der Versorgungshaushalt.

Kriegsbeschädigtenbatter im Reichstag.  
— Berlin, den 21. Februar 1927.

In der heutigen Reichstagsitzung wurde die zweite Le-  
sung des Haushalts für 1927 beim Versorgungshaushalt  
fortgesetzt.

Abg. Hofmann (Soz.) weist darauf hin, daß entgegen  
den Erwartungen die Zahl der versorgungsberechtigten  
Kriegsbeschädigten in den beiden letzten Jahren nicht zurück-  
gegangen, sondern von 720 000 auf 736 000 gestiegen ist. Trotz-  
dem sei der Staatskassensatz der rund eine Milliarde ausmach-  
end, wiederum um rund 97 Millionen vermindert worden. Der  
Reichstagsbescheid, daß in einem Nachtragsetat eine Be-  
besserung...

Magelone war damit sehr einverstanden.  
Wenn Rüdiger nicht gewillt war, über die Sache  
mit Do zu sprechen, konnte diese auch nicht versuchen,  
sich irgendwie zu rechtfertigen.

20. Kapitel.

Anneliese hatte an diesem Sonntag nachmittags  
eine bewegte Stunde erlebt.

Die Gräfin war mit den Kindern und der Fran-  
zösin zu Nachbarn auf Besuch gefahren. Graf Rainer  
beschäftigte sich, wie gewöhnlich, mit seinen Münzen  
und Mineralienansammlungen, die er von Zeit zu Zeit  
seiner neu ordnete. Ein Teil der Dienerschaft hatte  
Urlaub.

So herrschte Totenstille im Schloß. Anneliese,  
die diese Stille plötzlich unerträglich qualvoll empfand,  
wollte eben einen ihrer weiten Spaziergänge antreten,  
als sie am Bortor mit Graf Wendlos zusammentraf.

Er kam zu Fuß von der Station herauf und, wie  
er sagte, nur zu kurzem Besuch, um sich von den  
Damen zu verabschieden.

„Du verabschiedest?“ fragte Anneliese erblassend  
und konnte es nicht hindern, daß ihre Stimme leise  
bebe. „Wollen Sie denn Wien verlassen?“

„Ich bin nach Galtzien verlegt, und da ich wohl  
Jahre dort bleiben müßte, haben meine Eltern ge-  
wünscht, daß ich den Abschied nehme und mich künftig  
der Verwaltung des Bortorriedens widme. In vier-  
zehn Tagen dürfte die Bewilligung meines Gehirges  
herankommen. Dann — er unterdrückte einen Seuf-  
zer — heißt's, den bunten Rock ausziehen, Abschied  
nehmen von allem, was Jugendglück heißt, und sich  
in einer Wüste begraben.“

„Sie lieben Ihre Heimat nicht?“ fragte Anneliese  
bestimmt, denn sie hatte wohl bemerkt, wie sein  
Bild, als sie sich dem Schloß näherten, suchend über  
die Fensterhänge hinglitt.

„Im Gegenteil! Ich liebe sie sehr! Aber Bortor-  
ried ist nicht Galtzien, Komtesse! Sie machen sich  
ja gar keinen Begriff, wie einsam es dort ist — be-  
sonders im Winter. Nichts als Wälder und böhmische

Dörfer ringsum. Die und da mal ein Schloß dazu-  
gen, wo es aber zuerst meist nur alte Herrschaften  
gibt. Und ich bin nun einmal so: ich brauche Jugend  
und Fröhlichkeit! Ich liebe bewegtes Leben, Eleganz,  
Sport. Aber die Eltern sind alt und machen kein  
Gaus mehr. Selbst wenn sie's nun mir zuliebe tun  
wollen, ich bitte Sie: womit denn? Mit den paar alten  
Herren und Damen, die unsere Nachbarschaft bilden,  
läßt sich ja doch nichts anfangen! Aber Sie müssen  
das ja ebenjotig wissen, wie ich, von Widdensloß her-  
zu Ihre Tante lebt.“

„Ich war lange nicht bei Tante Isabella. Damals  
vor drei Jahren fand ich es sehr schön auf Widdensloß.“

Sie hatten das Schloß erreicht. Anneliese rief  
einem Diener im Vorübergehen zu: „Verlängern Sie  
meinen Besuch, daß Besuch da ist.“ Dann begab sie  
sich mit Wendlos in den Salon.

Rainer war sehr ärgerlich über die Störung.  
Da hatte er nun gerade all seine schönen alten Gold-  
münzen ausgeräumt und pugte sie vorsichtig mit einem  
Federlappchen, und nun sollte er Knall und Fall in  
den Salon!

Aber so rasch ging das keineswegs. Er konnte  
doch die wertvollen Finger nicht so offen herumlegen  
lassen. Möchte Anneliese auch böse sein, so lang-  
mühte sie schon warten, bis er alles wieder ver-  
schlossen hatte. Ganz gemächlich machte er sich daran,  
Stück um Stück in die Kisten zurückzulegen, um diesel-  
ben in dem dafür bestimmten Glasfach zu bergen.

Anneliese war gar nicht böse. Sie war so glück-  
lich, daß Wendlos überhaupt wieder gekommen war,  
daß er nun hier neben ihr saß in derselben traumlichen  
Kammerge, in der sie so viele fröhliche Stunden ge-  
meinsam verplaudert hatten und — daß Magelone nicht  
dabei war!

Allerdings meinte sich in dieses Glasfachgefühl au-  
ein Tropfen Vermut: Wendlos hatte eben erwähnt,  
daß er beim Kommen bereits im Büfettenschloß seinen  
Abschiedsbesuch habe machen wollen, aber niemand  
dort angekommen habe. Und nun glitten seine Augen  
bei jedem Geräusch im Haus erwartungsvoll nach  
der Tür.

(Fortsetzung folgt.)



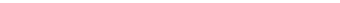
Sport.

Das Treffen verlief ungemein spannend. Die Berliner Mannschaft war der Pariser in jeder Beziehung über-

Wittagsbrot (Wittisch). Getreide und Kleinfalten per 1000 Lila, sonst per 1000 Lila in Reichsmaß ab Station: Weizen Markt. 263-267 (am 19. 2. 263-267). Roggen Markt. 246-249 (246-249). Sommergerste 214-242 (214-242). Wintergerste 194-201 (197-201). Safer Weizen 205-209 (205-209). Hafer Berlin 188-189 (187-188). Weizenmehl 34,75-37,25 (34,75-37,25). Roggenmehl 34-36,10 (34-36,10). Weizenklein 15,75 (15,75). Roggenklein 15,25 (15-15,25). Haas (-), Weizen (-), Roggen (-), Wintergerste 50 (-), Sommergerste 50 (-), Hafer 50 (-), Weizenklein 22-25 (22-25). Kleinfalten 21-23 (21-23). Butterfett 22-25 (22-25). Seifenfett 21-23 (21-23).

ja. B. noch 3 Millionen Mark Sachrückstände vorhanden. Die Domänenverwaltung habe im letzten Rechnungsjahr für fast fünf Millionen Domänenlänger neu ge- und mehrere Musterrentkämmer einrichtet. Zur Ver- theilung des schätzenswerthen Aufwandes der Arbeiterwohnungen auf die Gemeinden sei ein Gesetz vom 1. Juni v. rind 23. März 1890 erlassen worden, welches die Gemeinden mit 102 Millionen Mark zur Kultivierung staatlicher Moore. Selbst bewir- telt wolle der Staat nur, um einen unmittelbaren Ein- fluß in die Landwirtschaft zu erhalten. Nachdem noch die Abgeordneten Meinke (Dem.), Gieseler (Völk.) und Simon (Soz.) zu Worte gekommen waren, die Weiterberatung auf Montag verlegt.

\_\_\_\_\_



157

1871